



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

STADTSPUREN FORDERT WOHNUNGSPOLITISCHES KONZEPT

11.08.2011 Fachinformation

Die Potsdamer Wohnungswirtschaft sieht Gefahren für den sozialen Frieden in der Stadt aufziehen: "In den kommenden Jahren werden die Kosten für das Wohnen schneller ansteigen als in der Vergangenheit. Dies betrifft sowohl die Mietkosten wie auch die Betriebskosten", heißt es in einem Positionspapier, das am 5. August vom Arbeitskreis Stadtspurens veröffentlicht wurde. In dem Thesenpapier warnen die beteiligten Wohnungsunternehmen vor künftigen Mietsteigerungen im Ergebnis von zahlreichen Bestandsinvestitionen. In dem Dokument heißt es unter anderem: "Die Notwendigkeiten des demografischen Wandels, der energetischen Sanierung der Wohngebäude und der Energiewende verlangen Investitionen, die sich auf die Höhe der Mieten auswirken. Von vielen Seiten wird inzwischen darauf hingewiesen, dass dieser Entwicklung soziale Risiken innewohnen." Carsten Hagenau, Koordinator des Arbeitskreises Stadtspurens, kommentiert: "Auf Wohnungseigentümer und Mieter kommt eine dreifache Modernisierung zu: Altengerechter Umbau, energetische Sanierung und klimagerechte Stadterneuerung. Das ist sicher alles notwendig, es wird aber nicht alles auf einmal gehen." Der Druck, den der Gesetzgeber derzeit auf Kommunen und Wohnungsunternehmen ausübt, würde diese Risiken erhöhen. Ulf Hahn, Vorsitzender des Arbeitskreises und Vorstandsvorsitzender der Wohnungsgenossenschaft "Karl Marx" Potsdam eG, verweist darauf, dass man es mit Problemen zu tun habe, die zwar gesamtgesellschaftlicher bzw. sogar globaler Natur seien, gleichwohl seien sie nicht zentralistisch zu lösen. Vielmehr, so das Thesenpapier des Arbeitskreises, "bedarf es lokaler Strategien, wie die Belange des Klimaschutzes, der Energiewende und des demografischen Wandels in Einklang mit den sozialen Gegebenheiten gebracht werden" können. Potsdam habe gute Möglichkeiten, all diesen Herausforderungen zu begegnen, so die Stellungnahme des Arbeitskreises: Um die zu nutzen bedarf es aber einer wohnungspolitischen Strategie: "Wir brauchen ein Konzept, dass die Belange des demografischen Wandels, der Energiewende, des Klimaschutzes, der energetischen Sanierung und der sozialen Sicherheit zusammen denkt. Und: Wir brauchen es recht schnell." Unabhängig vom Stadtspurens-Thesenpapier hat auch der BBU bereits auf die Notwendigkeit weitergehender wohnungspolitischer Konzepte hingewiesen. Sowohl für Berlin als auch für den engeren Verflechtungsraum im Land Brandenburg lässt sich dynamisches Wachstum feststellen, sodass neben den bekannten Modernisierungs-/ Sanierungsfragen auch über den Neubau von Wohnungen nachgedacht werden muss. Der BBU geht für Berlin und Brandenburg bis 2020 von einem Neubaubedarf von rund 80.000 Mietwohnungen aus. In Berlin wird der Bedarf auf 60.000, im Land Brandenburg auf 20.000 Wohnungen geschätzt. Download des Thesenpapiers www.stadtspurens.com

<https://bbu.de/beitraege/stadtspurens-fordert-wohnungspolitisches-konzept>